

VHS-Jugendwerkstatt bangt um Erhalt ihres Angebots

ARBEITSMARKTPOLITIK Ministerium plant Änderung bei Zuschussförderung – SPD stellt Anfrage

VON RAINER DEHMER

OLDENBURG – In zwei Jahren möchte die Jugendwerkstatt der Volkshochschule (VHS) ihr 20-jähriges Bestehen feiern – derzeit ist aber ungewiss, ob es die Einrichtung der Jugendberufshilfe dann überhaupt noch gibt. Die geplante Reform der Förderinstrumente für den Arbeitsmarkt könnte zur existenziellen Bedrohung für die Jugendwerkstatt am Pophankenweg werden. Zuschusskürzungen hätten

Auswirkungen auf den Personalbestand.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Krogmann hat deswegen jetzt eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet. Er will wissen, wie die Landesregierung die massiven Kürzungen in Oldenburg und vielen anderen Kommunen in Niedersachsen kompensieren will, falls der Bund seine Planungen durchsetzt.

Aktuell organisiert die VHS-Einrichtung (14 Mit-

arbeiter) berufsvorbereitende Lehrgänge für 70 junge Leute (bis 25 Jahre alt), die aus unterschiedlichen Gründen für eine direkte Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung nicht Frage kommen. Ziel ist, die Lehrgangsteilnehmer durch praktisches Tun (unter anderem Tischlerei, Hauswirtschaft sowie Garten- und Landschaftsbau) und Lernen fit für den Arbeitsmarkt zu machen.

Existenzsorgen musste sich die Jugendwerkstatt seit ihrer

Gründung vor 18 Jahren immer wieder machen. Meist ging es um Zuschusskürzungen. In dieser Situation steckt die Werkstatt auch jetzt wieder. Dem Jobcenter als Zuschussgeber stehen weniger Mittel zur Verfügung. „Deshalb mussten wir bereits unsere Teilnehmerzahl um 20 Plätze reduzieren“, berichtet Projektleiter Gerd Hunke.

Es gibt aber noch ein zweites Problem: Die vom Bundesarbeitsministerium vorgesehene Reform sieht auch eine

Änderungen bei den Arbeitsmöglichkeiten (Ein-Euro-Jobs) vor. Angedacht ist, den Zuschuss pro Teilnehmer auf monatlich 150 Euro zu begrenzen. Dies würde für die Jugendwerkstatt ein Defizit von 350 000 Euro bedeuten. „Damit kann nach Auskunft der VHS das derzeitige Angebot nicht aufrecht erhalten werden“, sagt Jürgen Krogmann. Er hofft, dass sich ein breiter Protest gegen die Kürzungspläne des Bundes formiert.

NWZ 12.7.2011